



Interviews

Klimaschädliche Subventionen abschaffen?

Veronika Grimm, Ökonomin, Wirtschaftsweise, im Interview mit Maria Grunwald

"Informationen am Morgen", 31.8.2023, 6:50 Uhr

Maria Grunwald: Das Bundeskabinett hat in Meseberg getagt und zusammengefasst gab es laut Beobachter und Kommentatoren vor allem zwei Signale – das Signal der Einigkeit nach all dem Streit in der Koalition und das Signal, wir haben verstanden, dass wir was für den Wirtschaftsstandort Deutschland tun müssen. Hinter dem Wachstumschancengesetz stehen jetzt alle drei Ampel-Parteien. Es geht um Steuererleichterungen für die Wirtschaft, etwa bessere Abschreibungsmöglichkeiten, und damit um eine jährliche Entlastung von Unternehmen in Höhe von sieben Milliarden Euro. Dazu begrüße ich jetzt am Telefon Veronika Grimm, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, eine der sogenannten Wirtschaftsweisen. Guten Morgen, Frau Grimm.

Veronika Grimm: Guten Morgen! Ich grüße Sie.

Grunwald: Frau Grimm, Steuererleichterungen für Unternehmen sollen kommen, bessere Abschreibungsmöglichkeiten und auch eine Prämie, wenn ein Unternehmen in den Klimaschutz, in die Klimaneutralität investiert. Ist das jetzt der große Wurf?

Grimm: Ob es der große Wurf ist, ist nicht so klar. Es ist auch viel Klein-Klein, dieses Gesetz. Aber man hat jetzt ein Signal gesetzt, dass man verstanden hat, dass man sich wirklich um die Wirtschaft kümmern muss und gute Standortbedingungen schaffen muss, und ich glaube, das ist ein guter Anfang. Es liegt aber noch relativ vieles vor uns, weil wir aufgrund der veränderten Bedingungen nach den beiden Krisen durchaus verschiedene Herausforderungen vor der Brust haben, die wir noch angehen müssen, und der demographische Wandel steht ja auch sehr, sehr drängend vor der Tür. Bei

der Rente muss was gemacht werden, im Bildungssystem müsste was gemacht werden. Auch mit Blick auf die geopolitische Lage, Diversifizierung der Handelsbeziehungen, da ist noch viel zu tun. Aber es ist ein erster guter Schritt und ein wichtiges Signal, glaube ich.

Grunwald: Da sind Sie gerade gnädig mit Ihrem Urteil. Sieben Milliarden sollen jährlich den Unternehmen für die Steuererleichterungen zur Verfügung stehen. Ist das zu wenig, wie es viele Experten schon längst sagen, so gar keine Bazooka?

Grimm: Ich glaube, es kommt nicht nur auf das Geld an, sondern es kommt auch wirklich auf die Standortbedingungen selbst an, dass die Unternehmen gute Standortbedingungen haben. Dazu gehört auch Bürokratieabbau. Da ist jetzt auch noch einiges auf der Agenda in Meseberg. Das ist auch gut und richtig. Auch da muss man sehen, es sind ja viele verschiedene Vorschläge, die da diskutiert werden, ob das jetzt Klein-Klein ist oder der große Wurf ist. Es muss wirklich einfacher werden, in Deutschland voranzukommen mit Planungs- und Genehmigungsverfahren, mit Anträgen, dass es auch wirklich nicht nur darum geht, Dinge zu beantragen, sondern auch Projekte zu starten und zu bauen. Da kommt es wirklich darauf an, dass man es nicht zu kompliziert macht, und auch bei den neuen Regelungen, wenn es zum Beispiel eine Umweltprämie gibt, dann muss es klare Regeln geben, nach denen die vergeben wird. Es darf keine umständlichen Antragsverfahren geben, damit das nicht wieder konterkariert wird.

Grunwald: Alle sind sich einig, es braucht Impulse, Anreize für die schwächelnde Wirtschaft. Aber Sie haben auch schon vorhin gesagt, da fehlt Ihnen was, es gibt noch so viele Herausforderungen. Unter anderem haben Sie auch, habe ich gelesen, die hohen Energiekosten genannt. Priorisieren Sie: Welcher Impuls, welche Maßnahme konkret fehlt Ihnen noch?

Grimm: Ich glaube, mit Blick auf die hohen Energiekosten ist es ganz wichtig, dass man wirklich den Ausbau von Erzeugungskapazitäten massiv beschleunigt. Der Preis für alle geht ja nur dann runter, wenn wirklich das Angebot steigt und am Markt sich dann niedrigere Preise ergeben. Die Subventionierung einzelner, zum Beispiel der energieintensiven Industrien, bewirkt ja, dass dort mehr Energie verbraucht wird und dann über den Markt der Preis für alle anderen steigt. Das ist wieder kontraproduktiv, weil dann viele Unternehmen, viele zukunftsorientierte Unternehmen in Deutschland

schlechtere Standortbedingungen haben und auch die Haushalte stärker belastet würden. Hier muss das Energieangebot ausgebaut werden, sehr schnell. Hier müssen auch die Netze ausgebaut werden und auch Wasserstoff beschafft werden, so dass auf Dauer mehr Energie allen zur Verfügung steht. Man kann ein bisschen was machen im Energiesystem. Man kann zum Beispiel die Stromsteuer auf das europäische Minimum senken, oder bei den Abgaben und Umlagen was machen. Da ist Deutschland wirklich immer noch führend. Da kann man noch etwas machen.

Grunwald: Da sind Sie eher bei der CDU-Position, die ja sagt, man sollte an die Stromsteuer rangehen und die reduzieren auf das Minimum und nicht bei einem subventionierten Industriestrompreis. Den lehnen Sie ab?

Grimm: Genau. Der Sachverständigenrat hat auch schon sehr lange darauf hingewiesen, dass man die Stromsteuer auf das europäische Minimum reduzieren sollte, um die Belastungen für alle zu senken – in einer Zeit, wo Strom auch immer mehr eingesetzt werden soll. Elektrifizierung ist ja der Weg auch zur Klimaneutralität, zunehmend klimaneutralen Strom zu verwenden als Energiequelle, anstatt der fossilen Energiequellen.

Grunwald: Warum nicht der subventionierte Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen?

Grimm: Der Industriestrompreis geht mit einem Problem einher. Wenn ich für energieintensive Unternehmen den Strompreis billiger mache, dann heize ich auch deren Nachfrage an. Eine höhere Nachfrage bedeutet am Strommarkt höhere Preise und diese höheren Preise zahlen dann alle, außer denjenigen, deren Strompreis gedeckelt ist. Und dann muss die Subvention auch irgendjemand insgesamt zahlen und das ist dann wieder der Steuerzahler oder die zukünftigen Generationen über Schulden. Letztlich bürdet man allen, die da nicht begünstigt werden, höhere Kosten auf, um einigen niedrigere Kosten aufzubürden, und ob das nun wirklich eher Mitnahmeeffekte erzeugt oder Industrie im Land hält, das steht auch noch mal zur Disposition. Das ist eigentlich nicht klar.

Grunwald: Da gehen Sie nicht mit. Dann setzen wir an der Stelle einen Punkt und kommen noch mal zu einem weiteren verabredeten Thema. Hinter all den Vorhaben der Ampel steckt immer die große Frage, wie finanzieren wir das in Zeiten knapper Haushaltsmittel. Mehr finanziellen Spielraum gäbe es, wenn klimaschädliche Subventionen, Pendlerpauschale, Bevorzugung von Diesel, wenn so was

abgebaut werden würde. Das empfiehlt der Sachverständigenrat auch seit langem. Frau Grimm, welche klimaschädlichen Subventionen müssten genau weg aus Ihrer Sicht?

Grimm: Sie haben schon einige angesprochen. Es gibt das sogenannte Dienstwagenprivileg. Das ist eine steuerliche Begünstigung für Dienstwagen. Es gibt das Dieselpprivileg, günstigere steuerliche Bedingungen für fossile Kraftstoffe. Es gibt die Entfernungspauschalen; das ist ein heikles Thema. Da kann man nicht einfach sagen, das muss weg, sondern das sollte reformiert werden. Das ist die Frage, wer soll eigentlich diese Entfernungspauschale bekommen, und setzt man nicht auch einen Anreiz damit, zu weit vom Arbeitsort weg zu wohnen, sich da nicht mittelfristig in Richtung des Arbeitsortes zu bewegen, oder eine Arbeitsstätte näher am eigenen Wohnort zu suchen. Da sind Anreize mit verbunden, die klimaschädliches Verhalten befördern, und es sind Steuereinnahmen, die dem Staat entgehen. Insofern wäre jetzt darüber nachzudenken, diese Begünstigungen abzuschaffen. Ich glaube, zu streichen ist zu einfach. Man muss es in verschiedenen Fällen reformieren und sich überlegen, wie man das anders macht. Wichtig ist, dass klimaschädliches Verhalten teuer ist und dass klimafreundliches Verhalten günstig ist. Das heißt, klimaschädliche Subventionen abschaffen und gleichzeitig zum Beispiel die CO₂-Bepreisung erhöhen, die ja wiederum Steuereinnahmen schaffen im Gegenzug schaffen würde. Das würde die Spielräume für den Klimaschutz massiv erhöhen.

Grunwald: Wie weit würden Sie gehen, Frau Grimm? Sollen alle klimaschädlichen Subventionen weg oder nur die im Energie- und Verkehrsbereich? Es gibt ja zum Beispiel auch den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf tierische Produkte wie Fleisch und Milch. Würde das für Sie auch wegfallen?

Grimm: Ja, ich glaube, man sollte sich schon ganz klar überlegen, dass man das Steuer- und Abgabensystem, wenn es lenkend wirken soll, in Richtung des Klimaschutzes ausgestaltet. Das ist nicht eine Frage, die Abgaben entfallen zu lassen. Oftmals sind es ja Vergünstigungen, die zum Beispiel auch soziale Gesichtspunkte haben, wie zum Beispiel bei der Entfernungspauschale. Da muss man das System so reformieren, dass diese soziale Komponente, diese entlastende Komponente für Menschen, die sich das weite Pendeln sonst nicht leisten können, erhalten bleibt, aber für Menschen, die über höhere Einkommen verfügen, diese Vergünstigungen nicht mehr greifen. Das heißt, es sind Reformen angezeigt, aber es ist nicht so einfach bei den meisten Angelegenheiten.

Grunwald: Da sind wir genau beim springenden Punkt, denn wenn die klimaschädlichen Subventionen wie etwa Pendlerpauschale, Dienstwagenprivileg oder auch die Energiesteuerbefreiung auf Kerosin im Luftverkehr oder der reduzierte Mehrwertsteuersatz auf tierische Produkte wie Fleisch und Milch, wenn das wegfallen würde, trifft das ja viele Bürger, haben Sie ja selber gesagt. Autofahren, Der Flug, der Einkauf wird teurer. Das muss man dann aber auch ganz klar so kommunizieren, das wird dann teurer.

Grimm: Genau! Man muss klar kommunizieren, dass klimaschädliches Verhalten teurer wird und klimafreundliches Verhalten günstiger wird. Es gibt ja auch immer Möglichkeiten, sich auf klimafreundliche Art fortzubewegen, die fossilen Brennstoffe gar nicht zu verwenden. Da muss man Möglichkeiten schaffen und zunehmend für eine Situation sorgen, in der dann klimafreundlich agiert werden kann und diese Kosten gar nicht anfallen, die hier steuerlich begünstigt sind. Das muss das Ziel sein und deswegen ist es auch nicht so einfach, dass man sagen kann, man schafft die einfach ab, sondern man muss wirklich ein Konzept haben, wie man einerseits die Angebote schafft, um auch diese höheren Kosten dann zu umgehen, auf der anderen Seite aber klarmachen, mit der Zeit – solche Reformen finden ja auch nicht von heute auf morgen statt, sondern man muss klarmachen, mit der Zeit wird es teurer, sich klimaschädlich zu verhalten, und gleichzeitig steigen die Möglichkeiten, sich klimafreundlich zu orientieren.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.